

Solidarisch, gerecht, demokratisch, friedlich

Zur 1. Tagung des 3. Parteitages der Partei DIE LINKE

Friedrich Schütz

Am 2. Und 3. Juni führte DIE LINKE unter dieser Losung in der Lokhalle Göttingen (Niedersachsen) die 1. Tagung ihres 3. Parteitages durch. Im folgenden sollen vor allem einige Grundgedanken aus den drei Hauptreden (Ernst, Gysi, Lafontaine) herausgestellt werden. Auszüge daraus können aber erst in der nächsten Ausgabe dokumentiert werden. In einem weiteren Schwerpunkt wird auf die Vorstandswahl eingegangen.

Nach der Eröffnung und Konstituierung des Parteitages sowie der Begrüßungsrede des Göttinger Oberbürgermeisters sprach der Parteivorsitzende Klaus Ernst. Zum gegenwärtigen Zustand der Basis stellte er fest: Dieser steht „im diametralen Gegensatz zu unserer Notwendigkeit... Wir haben Zerfallserscheinungen in unserer Partei... Darüber müssen wir in aller Nüchternheit reden.“ Der Redner hob dann die große Bedeutung des solidarischen Handelns hervor, was aber, wie er an Beispielen aufzeigte, oft mißachtet wurde. Er verwies aber auch darauf, daß es für unser Abgleiten in die Defensive auch objektive Ursachen gibt. Die Partei, so Klaus Ernst, habe 2005 und 2009 den Wählerinnen und Wählern versprochen, „eine gemeinsame Linke in der Bundesrepublik Deutschland für die Durchsetzung ihrer Interessen zu organisieren“, also sich für eine



Die neuen Parteivorsitzenden: Katja Kipping und Bernd Riexinger

gerechte Gesellschaft einzusetzen. Die Zukunft unserer Partei kann deshalb auch nur „im Zusammenbleiben und in gemeinsamen Kämpfen“ liegen. Alles andere wäre „Wahlbetrug“. Aus der 150 Jahre alten Geschichte der Arbeiterbewegung, darf nicht vergessen werden: Wir sind die Erben der großen Idee von einer besseren Welt und die Menschen müssen ihr Schicksal schon selber in die Hand nehmen... Ein neuer Aufbruch für die Arbeit und soziale Gerechtigkeit, für Frieden und Demokratie – das ist unsere Aufgabe in Europa.“ Vor uns steht die Frage: „Wie werden wir so stark, daß wir in Bündnissen unsere Kernforderungen durchsetzen können?“ Als eines der wichtigsten Ziele stellte der Vorsitzen-

de den Erfolg bei der 2013 stattfindenden Bundestagswahl heraus. In bezug auf die Neuwahl des Parteivorstandes sagte er: „Wir brauchen eine Führung, die die gemeinsamen Wurzeln in Ost und West abbildet.“

In der sich anschließenden Generaldebatte, die mit der Diskussion des Leitanteses vorhanden war, kamen Delegierte aller Richtungen in der Partei zu Wort. Dabei wurden viele gute Ideen und Vorschläge unterbreitet. Günstig für den Verlauf der Debatte wirkte sich aus, daß der alternative Leitantes nach mehreren Teilübernahmen zurückgezogen wurde.

Ein Höhepunkt des Parteitages waren die Reden von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine, der beiden populärsten und einflußreichsten Politiker unserer Partei. Gregor Gysi ging im ersten Teil seiner Darlegungen davon aus, daß nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in der DDR die PDS sich im Osten Deutschlands zu einer Volkspartei entwickelte, im Gegensatz zu einer Interessenpartei im Westen. Mit der Entstehung der WASG und der Vereinigung der beiden Parteien begann ein komplizierter

Aus dem Inhalt:

Das Thema:

3. Parteitag der LINKEN
Seite 1 - 4

- Wahl in Nordrhein-Westfalen
Seite 5
- Aus dem Bundestag
Seite 6
- Mediale Legenden
Seite 7

- Kreisvorstand
Seite 8
- Stadtrat Nienburg
Seite 9
- Projekt im Staßfurter Strandsolbad
Seite 9
- Bernburger Kutterrudern
Seite 11

Prozeß, auf dessen Schwierigkeiten und Probleme der Redner ausführlich einging. Eine wirkliche Vereinigung, so stellte er fest, ist aber nicht erreicht. Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte er sich den unzureichenden Ergebnissen der Landtagswahlen nach der erfolgreichen Bundestagswahl 2009 zu. Auf entsprechende Vorwürfe hin bemerkte er: „Die östlichen Landesverbände sind keine sozialdemokratische Partei.“ Er verwies darauf, daß in drei ostdeutschen Ländern DIE LINKE stärker ist als die SPD, diese aber eine Koalition mit uns grundsätzlich ablehne. Zum Abschluß dieses Teils erinnerte er daran, was unsere Wähler/innen von uns erwarten.

Im zweiten Teil seiner Rede ging der Redner auf die Tätigkeit der Bundestagsfraktion ein. Er begann mit der Feststellung: „Wir haben viele gute Anträge eingebracht, wichtige politische Akzente gesetzt, sind aktiv innerhalb des Bundestages aufgetreten. Aber der Zustand unserer Fraktion ist nicht gut.“ In bezug auf die Mitglieder der Fraktion der beiden Richtungen (Strömungen) führte er aus: „Aber in unserer Fraktion im Bundestag herrscht auch Haß. Seit Jahren versuche ich, die unterschiedlichsten Teile zusammenzuführen. Seit Jahren befinde ich mich zwischen zwei Lokomotiven, die aufeinander zufahren.“ Oft hat er den Eindruck, die eine Gruppe hätte die andere „besiegt“. Für diesen Fall wäre es besser, „sich fair zu trennen als weiterhin unfair, mit Haß, mit Tricksereien, mit üblem Nachtreten und Denunziation eine in jeder Hinsicht verkorkste Ehe zu führen.“ Alle Mitglieder der Fraktion, also durch das Volk gewählte Abgeordnete, sollten über Gregors folgenden Satz gründlich nachdenken: „Unser größtes Ziel ist es, eine solidarische Gesellschaft zu erreichen und wir selber führen vor, nicht einmal untereinander solidarisch sein zu können.“

Die am meisten zitierte Stelle aus der Rede Oskar Lafontaines dürfte wohl sein: „Ich sage heute, trotz der Schwierigkeiten, die Gregor Gysi hier angeführt hat: Es gibt keinen Grund, das Wort Spaltung in den Mund zu nehmen. Ich bitte euch alle: Laßt dieses Wort in Zukunft weg!“ Der Red-

ner stellte dann heraus, daß unsere Partei ein politisches Projekt ist, „das nach meiner festen Überzeugung in der jetzigen Zeit in Europa so notwendig ist wie niemals zuvor.“ Ganz entschieden wandte er sich gegen die Streitereien in der Partei. Und zu den völlig unbefriedigenden Wahlergebnissen führte er aus: „Wir selbst haben uns das zuzuschreiben, daß wir in der Wählergunst durch eine verfehlte Politik und ein falsches Auftreten in der Öffentlichkeit abgeglitten sind.“ Der ehemalige Parteivorsitzende erinnerte an das auch von allen Strömungen auf dem Erfurter Parteitag beschlossene Parteiprogramm, das er als einen „wirklich ernsthaften Gegenentwurf zu der gegenwärtig herrschenden Politik“ bezeichnete. Um es umzusetzen, so der Redner, müssen alle Schwierigkeiten und Streitereien überwunden werden. Oskar Lafontaine schloß mit dem Satz, und dafür sollte sich jedes Mitglied voll einsetzen: „Bitte kämpft um diese gemeinsame LINKE und macht sie wieder stark!“

Einen breiten Raum im Verlauf der Tagung nahm die Wahl des neuen Vorstandes der Partei ein. Aus Platzgründen soll hier nur auf die Wahl der beiden Vorsitzenden eingegangen werden. Zum ersten Mal hatte der Parteivorstand keinen Personalvorschlag zur Wahl der Doppelspitze gemacht. Sieht man von Dietmar Bartsch ab, der seine Kandidatur bereits im November 2011 anmeldete, so wurden alle übrigen erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen bekannt. Darunter war auch das Bemühen um eine weibliche Doppelspitze, was aber bei den Delegierten nicht auf die erhoffte Unterstützung stieß. Bei der Wahl setzte sich dann auf der Frauenliste die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping mit 371 Stimmen gegen die Hamburger Fraktionsvorsitzende Dora Heyenn durch, die 162 Stimmen erhielt. Die Wahl auf der gemischten Liste gewann der baden-württembergische Landesvorsitzende Bernd Riexinger gegen den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Dietmar Bartsch mit 297 gegen 251 Stimmen.

Parteivorstand DIE LINKE

Vorsitzende:

Katja Kipping
Bernd Riexinger

Stellvertretende Vorsitzende:

Caren Lay
Sahra Wagenknecht
Jan van Aken
Axel Troost

Bundesgeschäftsführer:

Matthias Höhn

Bundesschatzmeister:

Raju Sharma

Weitere Vorstandsmitglieder:

Ali Al Dailami
Judith Benda
Heinz Bierbaum
Julia Bonk
Katharina Dahme
Diether Dehm
Ruth Firmenich
Wolfgang Gehrcke
Stefanie Graf
Renate Harcke
Stefan Hartmann
Steffen Harzer
Dominic Heilig
Claudia Jobst
Klaus Lederer
Sabine Lösing
Simone Luedtke
Wolfgang Methling
Irene Müller
Thomas Nord
Brigitte Ostmeyer
Tobias Pflüger
Felix Pithan
Ida Schillen
Harald Schindel
Martin Schirdewan
Michael Schlecht
Katina Schubert
Halina Wawzyniak
Florian Wilde
Sabine Wils
Janine Wissler
Sabine Zimmermann
Wolfgang Zimmermann
Dagmar Zoschke

Für eine neue Zeit der Solidarität

Jan Korte

Der Parteitag ist zu Ende, die Emotionen haben sich gelegt und nun ist es höchste Zeit, die Bundestagswahlen vorzubereiten. Natürlich hätte ich mir gewünscht, dass Dietmar Bartsch zum Vorsitzenden gewählt werden würde. Er hatte im November ganz offen erklärt zu kandidieren: Ohne Kungeleien, mit einem politisch-strategischen Angebot. Auf dem Parteitag hat er eine fulminante Rede gehalten, die deutlich machte, was bis zu den Wahlen zu tun ist. Nun hat der Parteitag aber anders entschieden. Dies gilt es zu akzeptieren und nun gemeinsam

dafür zu kämpfen, dass unsere Partei wieder auf die Erfolgsspur kommt. Hierfür sind wir alle gefragt. Eine Sache möchte ich aber klar ansprechen: Wenn ein Kandidat unterliegt, ist es eine moralische Runtergekommenheit, Siegesgesänge anzustimmen, egal wem man sich innerparteilich zugehörig fühlt. So kann man nicht miteinander umgehen. Daher muss es jetzt auch darum gehen, eine neue innerparteiliche Kultur durchzusetzen, die vom gegenseitigem Respekt geprägt ist. Bemerkenswert war die Rede von

Gregor Gysi, die viele zum Nachdenken angeregt hat. Er hat daran erinnert, dass die Leistungen der ehemaligen PDS, ihre tiefe gesellschaftliche Verankerung in Ostdeutschland, ein Pfund ist, das wir auf keinen Fall verspielen dürfen. Ich denke, wir alle müssen jetzt anpacken und einen zweiten Aufbruch für DIE LINKE organisieren. Wenden wir uns auch auf der Bundesebene wieder den Alltagsorgen der Menschen zu.
Jan Korte ist Mitglied im Vorstand der Bundestagsfraktion

Nach Göttingen ist ein Neuanfang möglich

Lothar Boese

Der Göttinger Parteitag markiert einen neuen Entwicklungsabschnitt der LINKEN. Die innerparteilichen Gegensätze sind noch nie so offen zutage getreten wie auf diesem Kongress. Das begann schon damit, dass es im Vorfeld nicht gelungen war, einen gemeinsamen, von allen Flügeln getragenen Personalvorschlag für die neue Parteiführung zu erarbeiten. Auch der Kompromissvorschlag einer weiblichen Doppelspitze (Kipping, Schwabedissen) war letztlich nicht gewollt. So lief alles auf die Kampfkandidatur Riexinger gegen Bartsch – sie repräsentieren unterschiedliche Flügel der Partei – hinaus. Bis zuletzt war offen, ob nicht auch noch Sahra Wagenknecht als Vorsitzende antreten würde.

Ein zweites Novum: So klar wie diesmal hat Gregor Gysi in seiner Rede die Gegensätze und Widersprüche in der LINKEN, den teilweise inakzeptablen Umgang miteinander noch nie thematisiert. Er nahm kein Blatt vor den Mund, sprach sogar von Hass in der Bundestagsfraktion. Bewertungen von Anträgen oder Reden würden nach der Person, nicht nach dem Inhalt vorgenommen. Nach dem Erfolg bei der Bundestagswahl 2009 hätte die Partei immer weniger Politik gemacht, stattdessen Personaldebatten geführt, bei denen es im Kern um unterschiedliche politische Konzepte gegangen

wäre. Für den Fall, dass die Streitereien in dieser Weise weitergingen und schließlich eine innerparteiliche Gruppe die andere besiegte, brachte Gysi die organisatorische Spaltung mit den Worten ins Gespräch: „Dann wäre es sogar besser, sich fair zu trennen als weiterhin unfair, mit Hass, mit Trickereien, mit üblem Nachtreten und Denunziation eine in jeder Hinsicht verkorkste Ehe zu führen.“ Die darauf folgende Rede Oskar Lafontaines folgte einer anderen Argumentationslinie: Es gäbe keinen Grund, das Wort Spaltung in den Mund zu nehmen. Spalten würden sich Parteien nur im Falle großer programmatischer Unterschiede. DIE LINKE habe aber ihr Programm im vergangenen Jahr mit 95 Prozent Zustimmung beschlossen. Bei der jetzigen Politik in Europa sei eine geschlossene LINKENKE notwendiger denn je zuvor.

Die mentale Spaltung zeigte sich auch in der Reaktion auf einzelne Reden oder Wahlergebnisse. Je nach Redner gab es lautstarke Zustimmung bis hin zu Jubel in einzelnen Landesdelegationen, während in anderen Ecken des Saales betretenes Schweigen herrschte oder nur kurzer Höflichkeitsapplaus zu vernehmen war. Bei anderen Rednern war die Verteilung der Reaktionen im Saal genau umgekehrt. Bei oberflächlicher Betrachtung musste der

Eindruck einer Ost-West Spaltung entstehen. Aber nur auf den ersten Blick. Wer genauer hinschaut und die Partei kennt, weiß, dass Anhänger des einen wie des anderen Flügels in allen Landesverbänden anzutreffen sind, nur eben in ungleicher Verteilung. Der radikale Flügel ist in den Westverbänden deutlich stärker präsent, beherrscht in der Regel auch die Landesvorstände. In den Ostverbänden hat dagegen der gemäßigte Flügel die Oberhand. Die innerparteilichen Reaktionen nach Göttingen waren durchaus ermutigend. Von allen maßgeblichen Vertretern, von den beiden neuen Vorsitzenden, den unterlegenen Kandidaten wie auch aus den Flügeln heraus wurde die Chance auf einen Neubeginn betont. Entscheidend wird aber etwas anderes sein: Wie reagieren unsere potenziellen Wählerinnen und Wähler? Der Trend hin zu einer politischen, vor allem aber verbalen Radikalisierung nach 1999 und das schlechte Erscheinungsbild der Partei nach außen haben den Einfluss der LINKEN geschwächt. Die ständig sinkenden Umfrage- und Wahlergebnisse der letzten Jahre wie der Verlust von etwa 10 000 Mitgliedern beweisen es. Die alte Führung konnte die Abwärtsspirale nicht stoppen. Hoffen wir, dass es uns mit der neuen gelingt.
Lothar Boese ist Kreisvorsitzender

Politik mit den Bürgern - für die Bürger

Franz Meier

Als wir in den letzten Wochen vor dem Parteitag in Göttingen an unseren linken Info-Ständen am Staßfurter Wochenmarkt das Gespräch suchten, waren die Fragen und Meinungen der Bürger anders als sonst üblich. Sie kritisierten, dass die Personaldebatten die Partei lähmten. Das gerade zu einer Zeit, in der die Bevölkerung immer mehr die Folgen der gescheiterten Politik der schwarzen Koalition tragen muss.

Viele äußerten ehrlich ihre Sorgen um den Zustand unserer Partei. Einige fragten, wen man außer der LINKEN sonst noch wählen könnte?

Der Parteitag hat deutlich gemacht, dass die Sorgen nicht unberechtigt waren und noch sind. Gysi und Lafontaines Reden haben das sehr anschaulich ge-

zeigt.

Die neu gewählten Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger, der neue Geschäftsführer Matthias Höhn sowie der gesamte Vorstand sind nun gefordert, die Partei wieder in „ruhiges“ Fahrwasser zu lenken. Alle haben bekräftigt, dass nur ein Miteinander die Zukunft der Partei garantiert. So wird und muss es auch künftig unterschiedliche Auffassungen darüber geben, wie die nächsten Schritte bei der Umsetzung unseres Parteiprogramms zu gehen sind. Dazu ist aber eine andere Kultur des Umgangs miteinander im Bundesvorstand, in der Bundestagsfraktion und den Landesverbänden gefordert. Mehr denn je ist auch die Parteibasis in die Diskussion einzu beziehen.

Wir werden neben anderen Aktivitäten auch künftig an unseren Info - Ständen und in den Gesprächsrunden auf unsere Bürgerinnen und Bürger zugehen, ihre Meinungen und Anregungen entgegennehmen und mit ihnen unseren Standpunkt zur „großen Politik“ diskutieren. Die Entschlossenheit der Parteitagsdelegierten zum gemeinsamen Handeln motiviert uns an der Basis, an einem Wiedererstarken unserer Partei mitzukämpfen.

Wir sind zuversichtlich: Es wird auch künftig eine linke Kraft geben als konsequente Verfechterin für soziale Gerechtigkeit und Frieden.

Franz Meier, BO Staßfurt, ist Mitglied des Kreisvorstandes

Aus Pressemeldungen über den Parteitag

Friedrich Schütz

Wohl alle bedeutenden Zeitungen unseres Landes hielten es für angebracht, ihre Leserinnen und Leser über den Parteitag der LINKEN zu informieren und ihre Meinung über diesen darzustellen. Im folgenden können aus einigen Medien nur einige Gedanken zitiert werden. Ich beginne mit den mir zugänglichen linken Zeitungen, gebe aber keine Kommentare.

In der Zeitung „neues deutschland“ kann man lesen: „Die einen sehen die Linkspartei im Wanken. Andere hoffen auf deren Stabilisierung. Und alle zusammen rätseln, ob der Ausgang des Göttinger Parteitages mehr mit Lafontaine oder mit Gysi zu tun hat. Nicht wirklich gute Voraussetzungen für ein neues Führungsduo....Denn ein Ende des innerparteilichen Streits ist nach diesem Parteitag kaum zu erwarten. Das wäre zu viel verlangt- nach all den Verletzungen, die in den letzten Monaten stattgefunden haben“.

Die junge Welt schreibt: „Mit dem Scheitern der Kandidatur von Dietmar Bartsch zum Parteivorsitzenden bleibt die antikapitalistische Option der Partei die Linke zunächst offen. Mit ihm an der Spitze

wäre sie endgültig verloren gewesen, und die Partei zu einem Zwerg fest an der Seite der SPD geschrumpft. Doch eine Richtungsentscheidung war das nicht. Eine solche wäre die Wahl von Oskar Lafontaine oder von Sahra Wagenknecht gewesen“.

In „unsere zeit“, der Wochenzeitung der DKP, steht: „Als Gregor Gysi das Wort „Hass“ in den Mund nahm, lief es den Delegierten des Parteitages erkennbar kalt den Rücken herunter. Spätestens jetzt....werden die Gräben innerhalb der Partei deutlichKippings jugendliche Unbekümmertheit und Riexingers Verwurzelung in der Arbeiterbewegung könnten einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Partei Die Linke leisten“.

Die Mitteldeutsche Zeitung schreibt: „ Wenn dennoch schwache Hoffnung besteht, dann rührt sie aus zweierlei her. Zunächst einmal aus dem näher rückenden Bundestagswahltermin ... Die zweite schwache Hoffnung gründet auf Katja Kipping und Bernd Riexinger. Zwar leiden die Anhänger von Dietmar Bartsch zu recht daran, dass er nicht an die Spitze aufrücken durfte. Doch das ist

Schnee von gestern. Entscheidend ist, ob die neue Führung Qualität hat und ob sie miteinander harmoniert“.

Bei „SPIEGEL ONLINE“ heißt es: „ Oskar Lafontaine hat den Machtkampf der LINKEN zwar gewonnen. Er konnte Dietmar Bartsch als Vorsitzenden verhindern. Doch der wahre Sieger ist Gregor Gysi: Ohne den Fraktionschef läuft in Zukunft gar nichts in der Partei. Wenn Gregor Gysi eine Rede vom Blatt abliest, statt frei zu reden, dann wissen jene, die ihn kennen, es wird ernst. Sehr ernst... Selten hat ein Spitzenpolitiker den wahren Zustand seiner Partei öffentlich so ruhig und gnadenlos seziert wie Gregor Gysi in Göttingen. Gysi redete sich von der Seele, was viele längst wussten, er aber immer wider dementierte oder wegmoderierte“.

In der „Frankfurter Rundschau“ kann man lesen: „Die Linkspartei hat eine neue Führung – und mindestens so viele Probleme wie Zuvor. Mit diesem Parteitag hat sie die Chance verpaßt, der deutschen Linken ein neues, zeitgemäßes Gesicht zu geben“ .

Zur Wahlniederlage der LINKEN in Nordrhein-Westfalen

Friedrich Schütz

Bei der Landtagswahl am 13. Mai in Nordrhein-Westfalen konnte DIE LINKE mit nur 2,5 % der Zweitstimmen, so wie schon eine Woche zuvor in Schleswig-Holstein, die 5 Prozent-Hürde nicht überspringen. Unsere Partei ist damit in kurzer Zeit zum zweiten Mal aus einem westdeutschen Landesparlament „rausgeflogen“. Diese Niederlage in dem bevölkerungsreichsten Land ist äußerst bitter und enttäuschend – und das nicht zuletzt in bezug auf die im nächsten Jahr anstehenden Bundestagswahlen.

Diese Wahl war wie die im Saarland und in Schleswig-Holstein keine turnusmäßige Wahl. Die aus SPD und Grünen bestehende Minderheitsregierung hatte bei für sie steigenden Umfragewerten einen aus meiner Sicht doch recht unbedeutenden Anlaß Neuwahlen durchgesetzt. Sieht man sich das Ergebnis dieser Wahl an, das gegenüber der vom 9. Mai 2010 mit einer Wahlteilnahme von 59,6 % fast konstant geblieben ist, so ergibt sich folgendes Bild:

Die SPD konnte ihren Stimmenanteil von 34,5 % auf 39,1 % erhöhen und wurde damit die mit einem beträchtlichen Abstand stärkste Partei. In absoluten Zahlen bedeutete das einen Zugewinn von etwa 375.000 Stimmen, darunter auch etwa 120.000 ehemalige Nichtwähler/innen. Die Zeitung „neues deutschland“ schrieb: „Immerhin 40 % aller SPD-Wähler gaben an, vor allem wegen Kraft für die Sozialdemokraten gestimmt zu haben. Die Landesmutter überzeugte also mehr durch ihr Image als durch Inhalte.“ Bereits am Wahlabend war die Begeisterung für die Ministerpräsidentin so groß, daß viele sie gern als die zukünftige Bundeskanzlerin sehen würden. Die Grünen, der bisherige und weitere Koalitionspartner der SPD, verschlechterten sich von 12,1 % auf 11,3 %. Beide Parteien haben aber mit nun 128 von insgesamt 237 Abgeordneten eine beträchtliche Mehrheit.

Der große Wahlverlierer war die CDU. Ihr Stimmenanteil sank von 34,6 % auf 26,3 %. Das bedeutete einen Verlust von rund 630.000 Stimmen und ist das mit Abstand

schlechteste Ergebnis, das die CDU jemals in diesem Land erreicht hat. Der Spitzenkandidat und Landesvorsitzende Norbert Röttgen übernahm auch sofort die Verantwortung dafür und kündigte noch am Wahlabend seinen Rücktritt an.

Die FDP, die ja bekanntlich bei den von Anfang 2011 bis März 2012 durchgeführten acht Landtagswahlen den Einzug in sechs Parlamente nicht schaffte, konnte das in Schleswig-Holstein erreichte Ergebnis bestätigen und 8,6 % der Stimmen (2010 6,7 %) gewinnen. Der Spitzenkandidat und frühere FDP-Generalsekretär Christian Lindner dürfte daran einen wichtigen Anteil haben.

Zu einer festen Größe in der deutschen Parteienlandschaft scheinen die Piraten zu werden, sind sie nun doch schon zum vierten Mal in ein Landesparlament eingezogen. Es gelang ihnen, ihren Stimmenanteil von 1,6 % auf 7,8 % zu erhöhen. Damit gewannen sie rund 490.000 Stimmen mehr als 2010. Viele enttäuschte, vor allem junge Wähler/innen hoffen, daß durch sie am besten ihre Interessen vertreten werden.

Die Zahl der Wähler/innen der LINKEN sank von 435.627 auf 194.539 und damit von 5,6 % auf die bereits erwähnten 2,5 %. Damit hat unsere Partei rund 240.000 Wähler/innen verloren, darunter etwa 90.000 an die SPD, 80.000 an die Piraten, 30.000 an die Grünen und 10.000 an die FDP. Dazu wanderten etwa 20.000 zu den Nichtwählern ab. Gerade die beiden ersten Zahlen bringen die Enttäuschung vieler Menschen von der LINKEN zum Ausdruck. Sieht man sich die Ergebnisse in den 128 Wahlkreisen an, so kann man feststellen: DIE LINKE ist in keinem unter 1 % gefallen. Sie hat in zwei Wahlkreisen die 5 % Hürde erreicht bzw. übersprungen, so in Bielefeld I mit 5,6 % und in Duisburg III mit 5,0 %.

Ich hoffe, daß es in diesem Jahr keine weitere außerplanmäßige Landtagswahl mehr gibt. Die Niederlagenserie für DIE LINKE würde sich fortsetzen. Jedoch bereits am 20. Januar 2013 ist die Landtagswahl in Niedersachsen. Es gilt also, die

Ursachen für die beiden enttäuschenden Niederlagen sowie auch für die vorangegangenen, im allgemeinen unbefriedigenden Wahlergebnisse gründlich zu analysieren und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für die politische Arbeit zu ziehen und durchzusetzen.

Vieles hierzu ist in Ansätzen, oft aber doch recht allgemein schon gesagt worden. Ich erinnere an die immer wieder von Gregor Gysi gestellte Forderung, sich nicht zu sehr mit sich selbst zu beschäftigen. Was aber heißt das konkret, wie kann ein solcher Zustand überwunden werden, und welche Erfahrungen gibt es auf diesem Gebiet in den Gliederungen der Partei?

Die Abwanderung von den erwähnten mehreren hunderttausend Wählern zu anderen Parteien muß als ein Ausdruck dafür angesehen werden, daß sie sich von der LINKEN nicht mehr gut vertreten fühlen. Ich halte einen solchen Zustand, wann und wo er auftritt, und das ist hier der Fall, für das Schlimmste, was unserer Partei passieren kann. Es gilt also, verlorenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Und das ist nicht in erster Linie mit irgendwelchen, möglichst recht langen Programmen zu erreichen, sondern vor allem durch eine kontinuierliche, ideenreiche und die Probleme der Menschen ansprechende Arbeit vor Ort.

Die beiden bitteren Wahlniederlagen in Schleswig-Holstein und besonders in Nordrhein-Westfalen sollten für alle, die in der Partei Verantwortung tragen, eine sehr deutliche Warnung sein. Es darf nicht dazu kommen, daß die Westausdehnung der Partei, hier bezogen auf Präsenz in den Parlamenten, die in harter Arbeit erreicht wurde, sich rückläufig entwickelt und der Einzug in den 18. Deutschen Bundestag nicht geschafft wird. Das wäre nicht nur eine bittere und enttäuschende Niederlage für unsere Partei, sondern auch ein Erfolg für die sogenannten etablierten Parteien.

Kontinuität und Bruch nach 1945

Jan Korte

„Artfremdes Blut ist alles Blut, das nicht deutsches Blut noch dem deutschen Blut verwandt ist. Artfremden Blutes sind in Europa regelmäßig nur Juden und Zigeuner.“ Der Verfasser dieser Zeilen war niemand geringerer als der Personalchef von Kanzler Konrad Adenauer (CDU), sein Erster Staatssekretär und Schöpfer des Bundeskanzleramtes, die Graue Eminenz der bundesdeutschen Frühhepoch und Verfasser eines dreihundertseitigen Kommentars der nationalsozialistischen Rassengesetze vom September 1935: Dr. Hans Globke. Er ist die Personifizierung all dessen, was Ralph Giordano die Zweite Schuld genannt hat - also die Verdrängung und Verleugnung der Ersten unter Hitler. Und dies nicht nur rhetorisch oder moralisch, sondern tief instiiert durch den Großen Frieden mit den Tätern.

Durch die sich verschärfende Blockkonfrontation verlor die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime und seinen Protagonisten zunehmend an Bedeutung. Der Kalte Krieg trug so selbstverständlich einiges zur Verdrängung und Entsorgung der NS-Geschichte bei - eine Entschuldigung ist dies allerdings nicht. Das Defizit in der Aufarbeitung prägt bis in unsere Tage die politische Kultur der Bundesrepublik entscheidend mit. Denn nur so konnten sich die Lebenslügen ganzer Generationen, wie die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ oder einer angeblich „rechtstaatlichen Justiz“ so lange halten. Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gehört für mich daher nach wie vor zu den wichtigen Punkten meiner Arbeit im Bundestag. Nachdem ich für DIE LINKE 2010 einen Antrag zur Aufarbeitung der NS-Geschichte aller dafür infrage kommenden Ministerien eingebracht hatte und das Thema von Kontinuitäten nach 1945 bzw. 1949 auch medial, insbesondere nach der Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der LINKEN, einige Aufmerksamkeit erlangte, bewegt sich nun auch bei den anderen Oppositionsfraktionen langsam etwas.

Sowohl Grüne als auch SPD zogen mit eigenen, z.T. sehr ähnlichen Anträgen nach. Nachdem am 29. Februar zum Thema eine Anhörung im Kulturausschuss des Bundestages stattgefunden hatte, zu der mehrere renommierte Historiker als Sachverständige eingeladen waren, versuchte die SPD mit einem fraktionsübergreifenden Antrag die Koalition für eine systematischere Aufarbeitung „der NS-Vergangenheit und der frühen Nachkriegsgeschichte der Bundesministerien und -behörden in der frühen Bundesrepublik Deutschland und der DDR“ zu gewinnen. Abgesehen davon, dass die SPD mit diesem Antrag auch bewusst in Kauf nimmt, dass DIE LINKE außen vor bleibt, weil CDU und CSU keinen gemeinsamen Antrag mit uns unterstützen, ist diese Initiative auch inhaltlich unbefriedigend. Grund dafür scheint der Versuch der sozialdemokratischen Kollegen zu sein, die konservativen Abgeordneten, die die meisten Fragen bei der Erforschung personeller Kontinuitäten in Staat und Gesellschaft vor und nach 1945 bereits für geklärt halten, zum Mitmachen zu bewegen.

In der Anhörung ging es vor allem um die Frage, wie umfassend und flächendeckend eine solche Aufarbeitung der staatlichen Ebenen sein soll und mit welchen Beschränkungen und Widerständen man es hier immer noch zu tun hat. Während einzelne Sachverständige die große Integrationsleistung und den Bruch auch in den Institutionen nach 1949 hervorhoben, brachte Prof. Micha Brumlik die tatsächlich äußerst problematische Entwicklung in den frühen Jahren der Bundesrepublik auf den Punkt: „So viel Kontinuität wie möglich, so viel Transformation wie nötig.“ Es seien eben gerade nicht die alten Nazis im frühen Staatsapparat der Bundesrepublik gewesen, die die Transformation zu einem demokratischen Staatswesen vorangetrieben hätten. Ganz im Gegenteil. Demokratisierung musste zunächst vor allem gegen den Widerstand der restaurativen Adenauer-Zeit erkämpft werden.

Im SPD-Antrag ist davon keine Rede mehr, stattdessen heißt es dort: „Nach Auffassung der Experten ist vordringlich die Frage zu beantworten, wie trotz starker personeller Kontinuitäten in Ministerien und Behörden die Entwicklung hin zu einer stabilen Demokratie gelingen konnte – in der Bundesrepublik Deutschland, im Vergleich zur DDR, vor dem Hintergrund der NS-Vergangenheit.“

Selbstverständlich muss genau untersucht werden, wieso die Seilschaften ehemaliger Beamter des NS-Sicherheitsapparats nach der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 zur vollen Entfaltung kommen und trotzdem eine parlamentarische Demokratie aufgebaut werden konnte. „Vordringlich“ ist diese Frage aber sicher nicht. Schritt für Schritt wird so aber versucht, den Fokus vom Wirken der NS-Eliten in der BRD hin zur Frage der erfolgreichen Transformation zur Demokratie im Vergleich zur DDR, wo dies nicht gelungen sei, zu verschieben. Bislang reichte der Union diese Diskursverschiebung aber noch nicht aus, um den SPD-Antrag zu unterstützen. Somit bleibt das Thema in der Schwebe und alle anderen, inhaltlich weitergehenden Anträge der Opposition stehen weiter zur Abstimmung. Die Fraktion DIE LINKE wird sich jedenfalls dafür einsetzen, dass ein entsprechend weitreichender Bundestagsbeschluss für einen Forschungsauftrag, verbunden mit der nötigen Finanzierung von wissenschaftlichen Studien, erfolgt und die Aufarbeitung nicht dem Gutdünken der einzelnen Ministerien überlassen bleibt. Denn nicht alle Ministerien versuchen ihre braune Vergangenheit so konsequent und umfassend aufzuarbeiten wie es seit kurzem das Bundesministerium der Justiz versucht. Dessen Symposium am 26. April 2012 „Die Rosenberg - Das Bundesministerium der Justiz und sein Umgang mit der NS-Vergangenheit“, war ein gelungener Auftakt für eine hoffentlich auch weiterhin kritische Bestandsaufnahme des justiziellen und ministeriellen ...weiter auf Seite 7

Über mediale Legenden und politische Notwendigkeiten

Birke Bull

Was wäre die Mitteldeutsche Zeitung, wenn sich nicht immer mal ein vermeintlicher Skandal fände, in dem man ein paar wahre Begebenheiten mit ein paar Zu- und Überspitzungen versieht, letztlich noch gewürzt mit ein paar Legenden. Ich finde ja, sie würde gewinnen. Zumindest würde ihr und uns nichts fehlen. Nein, die Landtagsfraktion der LINKEN geht sich nicht an die Gurgel. Nein, die jungen GenossInnen sind nicht dabei, die älteren kurz und schmerzvoll zu massakrieren. Ja, der Fraktionsvorsitzende ist machtbegeistert, was soll er auch sonst sein, wenn er diesen Job gut machen will. Bequem ist er in der Tat ein bisschen. Nicht politisch – davon zeugt überzeugend sein Terminkalender – aber Sport ist nicht so wahnsinnig sein Ding. Nein, zynisch ist er nicht. Dafür hat er eine gute Portion Humor. Das wiederum teilt er mit einigen jungen und einigen älteren GenossInnen. Letztlich gibt es auch bei ihm Situationen, wo er mal am Ende ist, ihm die Puste ausgeht. Vorübergehend freilich nur. Und auch das teilt er mit seinen nunmehr 28 Kolleginnen und Kollegen, gleich welchen Alters. Damit ist der Wahrheitsgehalt des Artikels vom 21. Mai auch schon erschöpft und abgearbeitet.

Kommen wir nun zu den wichtigen und wirklichen Dingen: Es ist gute statuarische Sitte in der Landtagsfraktion, dass die Wahl des Fraktionsvorstandes zu Beginn der Legislaturperiode nach einem Jahr „Bewährung“ wiederholt wird. So

hatte jeder alte und neue Abgeordnete die Möglichkeit, die Spitze der Fraktion in ihrem politischen Agieren zu erleben, sich selbst zu fragen, ob er oder sie Verantwortung übernehmen und gegebenenfalls selbst kandidieren möchte. So tun wir es seit vielen Jahren. Zwei Dinge jedoch sind in diesem Jahr neu oder neu zu denken: Wir haben seit mehreren Jahren in der Fraktionsspitze keinen Wechsel gehabt. Das mag man kritisieren. Und es gibt eine Reihe von KollegInnen des Fraktionsvorstandes, die mehr oder weniger öffentlich darüber nachgedacht haben, ihr politisches Engagement in der Fraktion nach dieser Legislaturperiode zu beenden. Personeller Nachwuchs ist also gefragt. Neue KollegInnen, mit denen unsere Partei langfristig auch nach 2016 öffentlich agieren will, müssen rechtzeitig eine Chance bekommen, sich auszuprobieren, Fehler zu riskieren, Erfahrungen zu machen, erfolgreiche Arbeit zu lernen. Eine Binsenweisheit eigentlich. Also haben wir Nägel mit Köpfen gemacht und haben uns darüber verständigt, dass wir die kommenden zwei Jahre uns umsehen nach talentiertem und klugem Nachwuchs. Wir werden deshalb in dieser Legislaturperiode nicht nur zwei Mal wählen, sondern dies auch im Jahr 2014 tun. Und ehe jetzt hier die Spekulationen ins Kraut schießen, soll gesagt sein, dass es hierfür noch keine konkreten Pläne gibt. Um die erfolgreiche Arbeit der Landtagsfraktion nicht ins Trudeln geraten zu lassen,

haben sich alle Mitglieder des bisherigen Fraktionsvorstandes erneut zur Wahl gestellt. Und weil sie offenbar einen guten Job gemacht haben, sind sie auch alle wieder gewählt worden. Mit dem besten Ergebnis übrigens der Fraktionsvorsitzende.

Es gibt politisch eine Menge zu tun: Die Schulreform muss begleitet werden, ein eigenes Finanzausgleichsgesetz wird erarbeitet, ein Konzept zum Umgang mit den Problemen bei der Vernässung ist in Arbeit, das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus wird überarbeitet, unsere Vorstellungen für ein neues KiföG sind fast fertig. Und damit wir nicht nur miteinander arbeiten, sondern auch das gemeinsame Fröhlichsein und das Feiern nicht verlernen, denken wir über ein politisch-parlamentarisches Sommerfest nach.

Verglichen mit der tatsächlich schwierigen Situation unserer Partei und auch so: Es geht uns gut. Wir sind Menschen mit Stärken und Schwächen, mit unterschiedlichen Belastungen, mit verschiedenen Erwartungen an die Zukunft. Und weil das so ist – und Gott sei Dank ist es so – gibt es auch mal Dinge zwischen uns Abgeordneten, die man ausspricht, diskutiert und die anschließend beigelegt sind. So ist das Leben. Auch das unsrige!

Es gibt viel Politisches zu tun – packen wir es an. Und zwar gemeinsam!

Birke Bull ist stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion

...Fortsetzung von Seite 6

Umgangs mit der NS-Vergangenheit. Doch auch der Bundestag hat beim Thema reichlich Nachholbedarf. In einem Schreiben an den Ältestenrat hat die Linksfraktion deshalb erst kürzlich angeregt, dass nun auch endlich das Parlament die NS-Vergangenheit seiner Mitglieder aufarbeitet. Eine Antwort steht noch aus.

Voraussetzung einer kritischen Aufarbeitung ist es allerdings, dass alle Akten der Wissenschaft und der interessierten

Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Auch hierfür wird DIE LINKE weitere parlamentarische Initiativen vorlegen. Entscheidender aber, als schön formulierte Anträge im Parlament, wird sein, ob es gelingt, für unsere Forderungen die Unterstützung durch eine breite Öffentlichkeit zu gewinnen. Die vielen positiven Reaktionen aus Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft auf die Große Anfrage bestärken mich in der Annahme, dass DIE LINKE hier die große Chance hat, Zugang zu neuen Milieus zu bekommen.

Nicht zuletzt die kürzliche Einladung von Prof. Dr. Norbert Frei, eines äußerst renommierten Historikers, der mich bat, die Einführungsveranstaltung des Zeitgeschichtlichen Kolloquiums im Sommersemester 2012 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zum „Umgang mit der NS-Vergangenheit“ zu bestreiten, mag dafür ein Beleg sein. Die Mühe und die Auseinandersetzung lohnen sich!

Jan Korte ist Mitglied im Vorstand der Bundestagsfraktion

Kreisvorstand wertet den Parteitag aus

Klaus Magenheimer

Am 6. Juni wertete der Kreisvorstand auf seiner Sitzung den Göttinger Parteitag aus. Die Delegierten Sabine Dirlich und Lothar Boese schilderten ihre persönlichen Eindrücke von dem teilweise dramatischen Verlauf.

Freude herrschte bei den Mitgliedern darüber, dass eine drohende Spaltung der Partei verhindert wurde und wieder zu Sachthemen – die vor allem die Probleme der Menschen bewegen – zurückgekehrt wird.

Obwohl manche Mitglieder des Vorstandes zu den Personalfragen andere Vorstellungen hatten, sollten die Ergebnisse des Parteitages akzeptiert werden und dem neuen Parteivorstand in seiner gemischten Zusammensetzung und seinen beiden Vorsitzenden die erforderliche Zeit gelassen werden, um vor allem die Arbeit mit allen Landesverbänden und der Parteibasis zu intensivieren.

Die Mitglieder des Kreisvorstandes setzten große Hoffnungen in das Wirken von Matthias Höhn als ohne Bedingungen neu gewählten Bundes-

geschäftsführer. Aus persönlichem Erleben schätzen sie gerade sein Vermögen ausgleichend, aber auch sachlich und konsequent zu agieren.

Die Kandidatur von Birke Bull zur neuen Landesvorsitzenden wurde begrüßt, kennen doch eine Reihe von KV-Mitgliedern sie aus ihrem Wirken in der letzten Wahlperiode des Kreisvorstandes.

Eingeschätzt wurden die umfangreichen Aktivitäten im Kreisverband unmittelbar vor und auch nach dem Parteitag. So mit dem Polit-Stammtisch in Staßfurt, den Besuchen von Veranstaltungen in seinem Wahlkreis durch Jan Korte oder den bevorstehenden Mitgliederversammlungen in der Basisorganisation „Saale – Wipper“ und im Ortsverband Aschersleben.

Im Bericht der Schatzmeisterin Petra Giest wurde nochmals auf die Notwendigkeit der satzungsgerechten Entrichtung der Mandatsträgerbeiträge verwiesen, sind sie doch die wesentliche finanzielle Basis für die Wahlkämpfe zu den Kommunalwahlen im Jahr 2014.

Hier muss es eine gleiche Beteiligung aller Regionen geben. Es kann nicht sein, daß andere von der vorbildlichen Arbeit der BO – Staßfurt und der Kreistagsfraktion leben wollen.

Im Bericht der Kreistagsfraktion informierte die Vorsitzende Sabine Dirlich über die Aktivitäten des kürzlich gebildeten AMEOS – Klinik-Beirates, in dem sie und Walter Blauwitz unsere linken Interessen vertreten.

In den kommenden Wochen solle über die Verwendung der Erlöse des Klinikverkaufs beraten und Vorschläge unterbreitet werden.

Die Fraktion ist momentan bei der Erörterung von Fragen an den Landrat, um die Verantwortlichkeiten für die Verzögerungen des durch den Kreistag beschlossenen Verkaufs der Salzlandkliniken zu klären.

Klaus Magenheimer ist stellvertretender Kreisvorsitzender

LINKER Politstammtisch zum Göttinger Parteitag

Ralf-Peter Schmidt

Drei Tage nach dem Göttinger Parteitag trafen sich die Staßfurter LINKEN mit dem Parteitagsdelegierten und Kreisvorsitzenden zum Politstammtisch in Staßfurt, um eine erste Nachlese zu praktizieren. Dabei gab Genosse Boese seine Eindrücke vom Parteitag wieder. Der Gast stellte klar, dass es insbesondere durch Lafontaine und Gysi eine klar formulierte Offenheit zu den Problemen in der Partei gab. Parallel war im Saal des Parteitages eine Zerrissenheit zu spüren, die ebenso neu war. Kampfkandidaturen, Ost-West-Konflikte, radikaler Flügel, gemäßigtter Flügel und die Mitte der Partei waren Worte seiner Einschätzung. Gleichwohl schätzte er ein, dass der neue Vorstand ein gut durchmischter Vorstand aller Lager und Flügel unserer pluralistischen Partei darstellt und so eine gute Arbeitsgrundlage bildet.

Auch der auf dem Parteitag beschlossene Leitantrag, der die nächsten Ziele und Aussagen der LINKEN fixiert, fand Zustimmung.



Polistammtisch im Staßfurter Obersteiger

(Foto: privat)

Die Stammtischteilnehmer/innen schätzten für sich mehrfach ein, dass sie sich keinem Flügel zu- bzw. unterordnen wollen, sondern ihre politischen Positionen, seien sie bei Gysi, Wagenknecht, Höhn oder Lafontaine anzusiedeln, klar äußern werden. Der Stammtisch formulierte die Hoffnung, dass die neuen Vorsitzenden und der Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn eine Chance für DIE LINKE darstellt. Nun sollte es gelingen, linke Aussagen klar in Abgrenzung zur SPD zu formulieren und die Wähler/

innen wieder mitzunehmen, für eine solidarische Politik in Deutschland und Europa – positioniert sich der Staßfurter Ortsvorsitzende Ralf-P. Schmidt.

Auch die nun in Sachsen-Anhalt erforderliche Wahl einer neuen Landesvorsitzenden, zu der Birke Bull nominiert ist, fand die Zustimmung im Staßfurter Obersteiger. Dazu wird es bereits im Juli einen Sonderparteitag in Sachsen-Anhalt geben, war in der Runde zu erfahren, an der auch Regionalgeschäftsführer Rainer Zühlke teilnahm.

LINKE lehnt Nienburger Haushalt ab

Christian Jethon

Am 24.04.2012 befasste sich der Nienburger Stadtrat erstmals mit der Haushaltssatzung für das laufende Jahr. Nicht überraschend stimmte die große Mehrheit der Abgeordneten – mit Ausnahme der Fraktion DIE LINKE - der Satzung und dem Konsolidierungskonzept zu, obwohl auch in diesem Jahr Anspruch und Wirklichkeit in Nienburg weit auseinanderklaffen.

So weist der Verwaltungshaushalt bei einem Gesamtvolumen von 9,57 Mio. Euro ein Defizit von 4,13 Mio. Euro aus. Damit sind rund 44 % der Ausgaben nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt! Darüber hinaus kann auch der Vermögenshaushalt für investive Maßnahmen nur durch eine Kreditaufnahme in Höhe von 1,3 Mio. Euro ausgeglichen werden.

Auch die Entwicklung des Kassenkredit der Stadt muss bedenklich stimmen, denn derzeit weist das Nienburger Stadtkonto ein Minus von rund 3,1 Mio. Euro aus, 50.000 Euro an Zinsen müssen allein hierfür bereitgestellt werden. Zudem lässt die Entwicklung in den Folgejahren nichts Gutes erahnen, denn bis 2020

entstehen in jedem Jahr neue Fehlbeträge, die sich bis zu diesem Zeitpunkt auf 7,6 Mio. Euro summieren werden.

Auch der Nienburger LINKEN ist bewusst, dass die Haushaltslage der Kommunen insbesondere durch die nicht ausreichende Finanzausstattung des Landes beeinflusst wird. Hinzu kommen in Nienburg aber hausgemachte Probleme: So werden in der Saalestadt trotz der angespannten Situation eine Reihe von Investitionen geplant, als wenn es kein Morgen gäbe! Neben dem um das Doppelte teurer gewordenen Umbau des Schulhortes und der Errichtung des Feuerwehrrätehauses im Ortsteil Gerbitz sollen im laufenden Haushaltsjahr die Renovierung des Rathauses, der Abriss der Malzfabrik, der grundlegende Ausbau von gleich vier Straßen, der Bau einer Brücke in Neugattersleben und die Errichtung einer Sporthalle begonnen oder fortgeführt werden!

DIE LINKE plädiert stattdessen für eine Konzentration auf einige wenige, dafür umso wichtigere Maßnahmen, wie beispielsweise den Sporthallenneubau. Zudem muss endlich auch bei der Berech-

nung der Folgekosten solcher Projekte seriös geplant werden, denn dies ist offensichtlich insbesondere bei der Sporthalle bisher nicht der Fall.

Neben den angesichts der finanziellen Möglichkeiten unrealistischen Vorhaben im investiven Bereich geht es auch im Verwaltungshaushalt wie in den vergangenen Jahren vor allem bei der Mittelverteilung an die verschiedenen Träger von Kindertagesstätten nicht mit rechten Dingen zu. So klaffen die kommunalen Zuschüsse nach wie vor weit auseinander. Während beispielsweise ein Kita-Platz in einer Einrichtung des Rückenwind e.V. mit durchschnittlich 94 Euro je Monat bezuschusst wird, erhält die Einrichtung der Happy Children gGmbH in Latdorf mit rund 452 Euro je Kind und Monat fast fünfmal soviel!

Da angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Nienburger Stadtrat DIE LINKE lediglich auf diese Missstände hinweisen kann, ist einmal mehr das Einschreiten der Kommunalaufsicht des Landkreises gefragt.

Christian Jethon ist Fraktionsvorsitzender im Nienburger Stadtrat

Hibakusha macht nachdenklich

Ralf-Peter Schmidt

Ein Jahr nach der Katastrophe von Fukushima kommen die Opfer zu Wort.

Während sich die junge Anti-Atom-Bewegung in Japan allmählich auf die Straßen begibt, um den Atom-Wahnsinn zu beenden, versuchen Regierung und Konzerne die Unbedenklichkeit der nuklearen Pest wieder in die Köpfe der Menschen zurück zu drängen.

Dorothee Menzner, Mitglied des Deutschen Bundestages, und Ralph T. Niemeyer, freier Journalist, begaben sich ein Jahr nach der Reaktor-katastrophe nach Japan, um mit den Opfern, mit Wissenschaftlern, aber auch mit Überlebenden des USA-Atombomben-Gaus in Hiroshima und Nagasaki zu sprechen.

Den Film „Hibakusha - Reise auf

die Insel des Glücks“ brachten Dorothee Menzner und Ralph T. Niemeyer mit nach Staßfurt. Im Staßfurter Museumskeller machte sich schnell Betroffenheit und Nachdenklichkeit während des einstündigen Dokumentarfilmes breit.

„Der Film zeigt einen Ausschnitt über das Leben in Japan ein Jahr nach der Atomkatastrophe von Fukushima. Er zeigt Begegnungen mit Menschen, die aus reiner Profitgier, durch die Kumpagnei von Politik und Atomlobby zu Opfern wurden. Er zeigt Gespräche mit Menschen, die sich gegen die Atomkraft wehren und mit Expertinnen und Experten, die kein Blatt vor den Mund nehmen, wenn sie die Ursache und die Schuldigen der Atomkatastrophe benennen.“ führt Dorothee Menzner in der anschließenden Diskussion mit

den Veranstaltungsbesuchern aus. Ralph T. Niemeyer stellt den Bezug klar zur Situation in Deutschland her. Auch hier ist der Strommarkt monopolistisch organisiert, Umweltschutz und Humanität sind nicht die Ziele der Energiewirtschaft. So bleibt auch hier abzuwarten, ob der Atomausstieg in Deutschland seine Verbindlichkeit beibehält und die Energiewende auch zu mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung führen wird.

Ralf-Peter Schmidt ist Vorsitzender der BO Staßfurt

11. Erwerbslosenfrühstück

Jana Lankau

Am 14. Mai fand das 11. Erwerbslosenfrühstück im Bernburger Wahlkreisbüro von Birke Bull und Jan Korte statt. Zu Gast war Hannelore Finke vom Bitterfelder Erwerbslosenselbsthilfeverein. Seit vielen Jahren werden in Bitterfeld von diesem Verein Erwerbslose beraten, sei es bei der Antragstellung oder bei auftretenden Problemen. Die Vermittlung von sachkundigen Rechtsanwälten gehört ebenso zur Arbeit des Vereins wie die Hilfe bei der Wohnungssuche oder die Begleitung zu verschiedenen Ämtern. Die Zusammenarbeit des Vereins mit der kommunalen Beschäftigungsagentur (KomBa) ist inzwischen sehr gut. Vierteljährlich gibt es ein Treffen, wo Fragen gestellt und Fälle beraten werden können, so dass sie oft außergerichtlich geklärt werden können.

Frau Finke wies darauf hin, dass die beste Strategie im Umgang mit den Ämtern sei, sich mit den Paragrafen vertraut zu



Hannelore Finke vom Erwerbslosenhilfeverein Bitterfeld

(Foto: privat)

machen, die den eigenen Fall betreffen. Wichtig sei, dass der Umgang mit den Sachbearbeiter/innen freundlich bestimmt ist, dass man aber auch nicht zu schnell klein bei gibt. Widersprüche haben oft Aussicht auf Erfolg.

An einem konkreten Fallbeispiel zeigte sich, wie schwierig es aber oft für die Betroffenen ist, Absagen nicht persönlich zu nehmen, Schuldzuweisungen zurückzuweisen, nicht aufzugeben, sondern die

Kraft zu finden, immer und immer wieder für sein Recht zu kämpfen.

Wichtigstes Ergebnis dieses Erwerbslosenfrühstücks war der Vorschlag, auch in Bernburg einen Erwerbslosenselbsthilfeverein zu gründen. Dafür werden noch Interessenten gesucht, die sich im Wahlkreisbüro unter 03471/642268 melden können.

Jana Lankau ist Wahlkreismitarbeiterin von Birke Bull

Jugendbungalowprojekt im Staßfurter Strandsolbad

Ralf-Peter Schmidt

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE im Stadtrat der Stadt Staßfurt hat es sich zur Aufgabe gemacht, über ihren Solidarfonds Sozial- und Kulturprojekte mit einer Spende zu unterstützen, zu initiieren bzw. zu sichern.

Ralf-P. Schmidt übergab, stellvertretend für die Fraktion, eine Spende an das Jugendbungalowprojekt im Staßfurter Strandsolbad in Höhe von 250 Euro. Diese nahmen Oberbürgermeister Rene Zok, die Stadtjugendpflegerin und Jugendarbeiterin Frau Homann dankend entgegen.

Das Geld, so berichtete Stadtjugendpflegerin Nicole Netwall beim Termin, soll zur inhaltlichen Ausgestaltung der kommunalen Kinderferienspiele im Objekt am Strandsolbad genutzt werden. Ab sofort können nun Kinder- und Jugendeinrichtungen den Bungalow mit 10 Betten und das Umfeld mit Zelten nutzen.

DIE LINKE. Staßfurt engagiert sich im Stadtrat der Stadt Staßfurt für die Sicherung kommunaler Angebote der Kinder-



Finanzielle Unterstützung für das Bungalowprojekt in Staßfurt

(Foto: privat)

und Jugendarbeit in der Stadt Staßfurt und ihren Ortschaften.

„Wir sind auch bereit, mit ihnen zu aktuellen Fragen der Stadt, der Jugendarbeit und der Politik ins Gespräch zu kommen. Sprechen Sie uns einfach an!“ sagte der Abgeordnete zu den Akteuren der Kin-

der- und Jugendarbeit in der Kommune.

Ralf-Peter Schmidt ist Vorsitzender der BO Staßfurt

Eine Seefahrt die ist lustig – auch auf einem Fluß!

Udo Riedel

Wir schreiben das Jahr 2012, genauer den 9. Juni. Es ist ein schöner Frühsommertag, an dem ein Häuflein LINKER sich anschickt – ohne Rücksicht auf Personaldebatten und Richtungstreits – eine historische Mission zu erfüllen. Sie brachen auf, um auf der Saale, zu Fuße des Schlosses Bernburg eine Tradition zu verteidigen. Die Tradition die da heißt: Teilnahme am Bernburger Kutterrudern!

Ja, trotz vieler roter bzw. rosaner (für den Vorletzten) Laternen wagten wir auch in diesem Jahr wieder das Unmögliche und stellten unter großen Mühen ein Team auf die Beine, welches mit dem Herzen auf dem „linken Fleck“ bereit und willens war, Großes zu verbringen. Bei schönstem Sonnenschein und einer frischen Brise traten insgesamt 68 Teams zum 14. Kutterruder Pokal in Bernburg an. Zeitgleich liefen auch die Deutschen Meisterschaften im Kutterrudern, so dass sich die Amateurmansschaften auch mal anschauen konnten, wie koordiniert das Kutterrudern bei den Profis aussieht. Ob die Entscheidung, beides an einem Tage zu veranstalten, so gut war, sei mal dahingestellt, weil es natürlich dadurch zu mehrmaligen Unterbrechungen des traditionellen Kutterruderns kam. Auch bei unserer Mannschaft führte das dazu, dass wir unser Boot mit Freiwilligen anderer Teams komplettieren mussten, umso mehr gilt natürlich diesen Freiwilligen unser Dank.

Unser Team mit Stadträten, sachkundigen Einwohnern, unserem Fraktionsvorsitzenden und mehreren Sympathisanten an Bord, konnte leider erst am

LINKER Familientag führte nach Athensleben

Siegfried Mahlfeld

Zeitgleich mit dem Göttinger Parteitag und dem fünften Jahr ihres Bestehens führte die Partei DIE LINKE. Staßfurt auch in diesem Jahr wieder ihren nun schon traditionellen LINKER Familientag durch. Auf familien- und kinderfreundlichen Radwegen können die Teilnehmer/innen so ihre Heimatstadt und deren Schönheiten kennenlernen und dabei auch noch etwas für die Gesundheit tun. In diesem Jahr ging der Weg vom



Das Bernburger Kutterruderteam zusammen mit MdB Jan Korte

(Foto: privat)

späten Nachmittag in den Titelkampf eingreifen, schlug sich aber wie immer wacker und erreichte mit 4,53 Minuten eine Zeit, die zumindest ausreichte, um im direkten Duell das Team von „Volle Pulle Schlagseite“ um fast eine Bootslänge zu distanzieren. Am Ende schlug Platz 30 bei den Männer-Manschaften (da wir leider nur zwei Frauen im Kutter hatten, galten wir als reines Männerteam!) und damit erneut eine rosa Laterne für uns zu Buche – dem Buch der Traditionen konnte also erfolgreich ein weiteres Kapitel hinzugefügt werden.

Auch sei nicht unerwähnt gelassen, dass mit Jan Korte – unserem Bundestagsabgeordneten – noch ein LINKER als Schirmherr der Veranstaltung unsere Fahnen vertrat. Aber auch den Siegern des diesjährigen Pokals sei an dieser Stelle gratuliert: Andy's First Ladies bei den Damen, den Meatballs bei den Männermanschaften und dem Elferkasten bei den Mixed-Teams.

Insgesamt darf man wohl feststellen, dass es dem Maritimen Club Bernburg mit dieser Veranstaltung inklusive dem

kulturellen Rahmenprogramm, der festen und flüssigen Verpflegung gelungen ist, eine gute Tradition erfolgreich fortzusetzen. Natürlich würden wir uns als LINKE auch wünschen, dass andere Parteien sich mal in die Kutter setzen würden, aber dass werden wir wohl erst wieder unmittelbar vor einem Wahlkampf erleben. Auch hier bestätigt sich wieder einmal die völlig richtige Losung der LINKEN: Eine Partei für den Alltag – nicht nur für Wahlkämpfe zu sein!

Ich bin überzeugt davon, dass unsere Partei auch 2013 wieder ein Team an den Start schicken wird und würde mich freuen, wenn der eine oder andere Leser dieser Zeitung vielleicht auch Interesse daran gefunden hat und uns im nächsten Jahr verstärken will. Ich für meinen Teil werde auch nächstes Jahr wieder im Kutter sitzen – und bestimmt nicht ich allein! Damit bis zum nächsten Mal und: ENTER AUF!

Udo Riedel ist Fraktionsvorsitzender im Bernburger Stadtrat

Neumarkt aus über die Rossbahn entlang der Bode und des Radweges R1 durch die Horst. Nach der Überquerung des Bodewehrs und dem Passieren des Löderburger Sees war das Ziel, das Dorfgemeinschaftshaus in Athensleben, nach gut fünf Kilometern erreicht. Dort wurden die Teilnehmer/innen vom Ortsbürgermeister Jürgen Kinzel (parteilos) und dem Ortsvorsitzenden der LINKEN Staßfurt, Ralf-P. Schmidt, begrüßt.

In gemütlicher Runde wurden aktuelle linke Themen diskutiert und auch mit Fahrradtouristen aus Thüringen kam man spontan ins Gespräch. Nach kleinen Stärkungen mit Grillwurst, Kaffee und Kuchen wurde anschließend der Athenslebener Wasserturm bestiegen, der einen weiten Blick ins Umland gestattete und so einen tollen Abschluss des Tages bildete.

Siegfried Mahlfeld ist Mitglied der BO Staßfurt

Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Juni
recht herzlich

zum 92. Geburtstag
Frieda Dolseius

Zum 90. Geburtstag
Heinz-Werner Zeißig

Zum 87. Geburtstag
Elli Killmann

Zum 86. Geburtstag
Anna Schäfer
Günter Gottwald

Zum 83. Geburtstag
Helmut Böhme

Zum 82. Geburtstag
Margit Keller
Margot Lausch

Zum 81. Geburtstag
Wilfried Breithaupt

Zum 80. Geburtstag
Marianne Strauß

Zum 75. Geburtstag
Erika Berg

Zum 70. Geburtstag
Joachim Jahn

Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im Juni
Geburtstag haben



12. Erwerbslosenfrühstück in Bernburg

Zum nächsten Erwerbslosenfrühstück im Bernburger Bürgerbüro von Birke Bull und Jan Korte sind alle Interessenten wieder am 9. Juli um 10 Uhr herzlich eingeladen.

Politstammtisch in Staßfurt

Der nächste LINKE Politstammtisch findet am 4. Juli um 17 Uhr in der Gaststätte „Zum Obersteiger“ statt. MdL Gudrun Tiedge wird dieses Mal unser Gast sein. Alle Interessenten sind wieder herzlich eingeladen.

Beratung der Kreistagsfraktion

Die Kreistagsfraktion berät wieder am 2. Juli um 18 Uhr im Fraktionsbüro Staßfurt (Grenzstraße 11).

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am 27. Juni um 18 Uhr im Fraktionsbüro Staßfurt (Grenzstraße 11).

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 28. Juni 2012 und Redaktionsschluss war der 07. Juni 2012

Nachruf

Am 13. Mai 2012 verstarb im 84. Lebensjahr unser Genosse

Prof. Dr. Rolf Zierold

Rolf Zierold war langjähriger Rektor der Hochschule für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft Bernburg. Er bekleidete verschiedene Funktionen in der PDS, so auch im Kreistag Bernburg. Von seinem großem Wissen konnten auch wir Mitglieder der BO Bernburg-Talstadt immer profitieren. Seit Bestehen der Bernburger LINKEN Zeitung gehörte er viele Jahre der Redaktion als verantwortlicher Redakteur an. Er fehlt uns sehr. Wir werden Rolf nicht vergessen

BO Bernburg-Talstadt
Ortsvorstand Bernburg
Kreisvorstand
Redaktion DLZ

Nachruf

In stillem Gedenken

Maria Frenzel



BO Aschersleben 5
Kreisvorstand

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE.

Salzlandkreis

Tel.: 03471/310492

u. 152 035 061 47

Mail: dielinke-salzlandkreis@t-online.
de

06391 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P)

Rüdiger Wendt,

Klaus Magenheimer,

Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.